

90.073

## Parlamentarische Immunität von Nationalrat Spielmann. Aufhebung Immunité parlementaire du conseiller national Spielmann. Levée

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Frau **Jeanprêtre** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Am 7. November 1990 reichte Herr Francisco Paesa beim Staatsanwalt des Kantons Genf Strafklage gegen Nationalrat Spielmann im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit der Presse (Art. 27 des Schweizerischen Strafgesetzbuches, StGB; SR 311.0) wegen übler Nachrede (Art. 173 StGB) und Verleumdung (Art. 174 StGB) ein.

Der Staatsanwalt des Kantons Genf leitete diese Eingabe an die eidgenössischen Räte weiter mit der Bitte, die Frage der parlamentarischen Immunität von Nationalrat Spielmann abzuklären und gegebenenfalls die Immunität aufzuheben.

Die Strafklage wird wie folgt begründet: In der Zeitung «V. O. Réalités», deren Herausgeber Nationalrat Spielmann ist, seien verschiedene ehrverletzende und rufschädigende Artikel betreffend Francisco Paesa publiziert worden. Neben den beiden Verfassern sei dafür auch Nationalrat Spielmann aufgrund seiner Funktion verantwortlich.

2. Gesuche um Aufhebung der Immunität von Ratsmitgliedern und Magistratspersonen werden zur Vorprüfung den Petitions- und Gewährleistungskommissionen von Nationalrat und Ständerat unterbreitet (Art. 46 Reglement des Nationalrates; Art. 37 Abs. 4 Reglement des Ständerates).

3. Die Petitions- und Gewährleistungskommission des Nationalrates befasste sich am 27. Februar, 22. April und 17. September 1991 mit dem Gesuch des Genfer Staatsanwaltes. Sie gab dem Beschuldigten Gelegenheit, sich zu äussern (Art. 14 Abs. 2 des Verantwortlichkeitsgesetzes, VG; SR 170.32).

Nationalrat Spielmann nahm zu den Anschuldigungen wie folgt Stellung (Zusammenfassung; Uebersetzung):

Der Antrag auf Aufhebung meiner parlamentarischen Immunität wurde vom Generalstaatsanwalt des Kantons Genf gestellt, und zwar im Zusammenhang mit einer Klage wegen Verleumdung und Ehrverletzung eines ehemaligen Botschafters der Republik Sao Tomé und Príncipe, der in der Zwischenzeit ausgewiesen worden ist. Ich bin tatsächlich Herausgeber der Wochenzeitung «V. O. Réalités». Ich bin übrigens zuerst von drei spanischen Abgeordneten, zwei Männern und einer Frau, und dem sie begleitenden Anwalt befragt worden. Sie waren nach Genf zum Sitz der Vereinten Nationen und zur spanischen Vertretung bei dieser Organisation gekommen, weil sie die Tatsache sehr erstaunte, dass Herr Francisco Paesa dank einer diplomatischen Akkreditierung bei den Vereinten Nationen diplomatische Immunität genoss. Sie wollten wissen, wie es dazu gekommen sei, dass die zuständigen Schweizer Behörden diese Akkreditierung gutgeheissen hätten, obwohl Interpol über die Machenschaften von Paesa unterrichtet war und vom entsprechenden Dossier Kenntnis hatte, bestand doch ein internationales Fahndungsgesuch. Nun sind unsere Behörden auf die Interventionen von Interpol aber in keiner Weise eingegangen. Dabei ist im Abkommen über Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen von 1946 vorgesehen, dass die diplomatische Immunität aufgehoben werden kann, wenn durch sie die Tätigkeit der Justiz beeinträchtigt wird. Wie kann man vor den Machenschaften von Paesa die Augen verschliessen, der sich der Strafverfolgung durch sein Land entzogen hat, das ihn wegen terroristischer Handlungen, wegen Zugehörigkeit zu einer gewalttätigen Vereinigung und wegen Aufbaus einer oder mehrerer verbrecherischer Organisationen suchte? Im weiteren sass Paesa mehrere Male im Gefängnis und hat sich übrigens auch mit der Eidgenössischen Bankkommission angelegt.

Bevor ich auf parlamentarischem Weg an die Oeffentlichkeit gelangte, erkundigte ich mich in einem privaten Brief bei der Genfer Kantonsregierung, ob der mir geschilderte Sachverhalt zutrefte. Der Aufenthalt Paesas in Genf war in aller Leute Mund, und in der spanischen Presse machte der Vorfall Schlagzeilen, da Paesa wegen terroristischer Aktivitäten gesucht wurde. Da sein Aufenthalt nicht bekannt gewesen war, hatte man den gegen ihn erlassenen Haftbefehl nicht ausführen können. Angehalten und auf seine Identität hin überprüft wurde er schliesslich in Frankreich, in Saint-Louis, im Wagen des Anwalts, der auch die Klage gegen mich eingereicht hat. Auf eine erste gerichtliche Massnahme gegen Paesa erfolgte dann seine Ernennung zum Botschafter, mit der die Strafverfolgung gegen ihn abgewendet werden sollte. Ich machte deshalb im Nationalrat einen Vorstoss. Daraufhin wiesen die Bundesbehörden Paesa an, innerhalb von fünf Tagen unser Land zu verlassen.

Vor der «V. O. Réalités» haben auch andere Zeitungen, vor allem die Genfer Presse, über alle Fakten des Dossiers berichtet. Mit seiner Ausweisung hat der Bundesrat die Richtigkeit meiner Anschuldigungen grundsätzlich bestätigt. Die Klage gegen mich ist ein Schachzug, der im Zusammenhang mit der Auslieferung zu sehen ist: Paesa will in der Schweiz vor Gericht gestellt werden, um sich so der Strafverfolgung durch die spanische Justiz zu entziehen. So bin ich denn mit einem Vorstoss im Nationalrat im Zusammenhang mit diesem Diplomat der (inzwischen aufgelösten) Genfer Vertretung der Republik Sao Tomé und Príncipe an die Oeffentlichkeit gelangt.

41. Artikel 14 VG regelt die Strafverfolgung von Mitgliedern der eidgenössischen Räte wegen strafbarer Handlungen, die sich auf ihre amtliche Tätigkeit und Stellung beziehen, also die relative Immunität, welche den Parlamentarier während der ganzen Dauer des Mandates schützt, es sei denn, der Rat hebe diese Immunität selber auf. Dieses Privileg der Immunität nimmt darauf Rücksicht, dass der Parlamentarier nicht nur während der Sessions eng mit der unbedingten Pflicht verbunden ist, sein Mandat verantwortungsbewusst, ohne Druck und frei, gemäss Verfassung, ausüben zu können.

Die Strafverfolgung von Mitgliedern des National- und des Ständerates wegen strafbarer Handlungen, die sich auf ihre amtliche Tätigkeit oder Stellung beziehen, bedarf einer Ermächtigung der eidgenössischen Räte (Art. 14 VG). Die Bundesversammlung hat im Ermächtigungsverfahren zu prüfen, ob der Zusammenhang mit der amtlichen Stellung oder Tätigkeit gegeben ist, und nur zu entscheiden, ob eine Strafuntersuchung angezeigt ist. Ob der behauptete Tatbestand erfüllt ist, prüft der Strafrichter, falls die Ermächtigung erteilt wird. Ergibt die Prüfung, dass die Anschuldigung offensichtlich unbegründet ist, wird die Ermächtigung von den vorbereitenden Kommissionen verweigert. Kann dagegen der Anschuldigung eine gewisse Plausibilität nicht abgesprochen werden, hat die Bundesversammlung im Sinne einer Güterabwägung zu entscheiden, ob die Durchführung eines Strafverfahrens opportun sei. Dabei kommt es insbesondere auf die Bedeutung der behaupteten Tat und auf die im Spiel stehenden Interessen an, namentlich auf das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung, die Erfolgsaussichten des Verfahrens und auf den im Vergleich dazu erforderlichen Verfahrensaufwand. Das Verantwortlichkeitsgesetz enthält keine Richtlinien für die Erteilung oder die Verweigerung der Ermächtigung zur Strafverfolgung von Ratsmitgliedern. Es ist dem Ermessen der eidgenössischen Räte überlassen, zu bestimmen, ob die vorhandenen Verdachtsgründe und die Bedeutung der behaupteten Tat eine Strafverfolgung rechtfertigen. Sie haben dabei zwischen dem öffentlichen Interesse an der uneingeschränkten Ausübung des parlamentarischen Mandates und dem gleichwertigen öffentlichen Interesse an der Verhinderung bzw. Aufklärung strafrechtlicher Handlungen abzuwägen.

Dabei ist vom Sinn der parlamentarischen Immunität auszugehen. Diese dient nicht nur dem Schutz des einzelnen Parlamentariers, der sein Mandat frei soll ausüben können, auch wenn er möglicherweise in Grenzbereiche kommt, vor allem dann, wenn er Kritik übt. Die Immunität dient ebenso sehr dem Schutz des gesamten Parlamentes und des Ratsbetriebes. So betrachtet liegt die parlamentarische Immunität im öffentli-

chen Interesse. Die Öffentlichkeit ist daran interessiert, dass die eidgenössischen Räte ihre Aufgaben unbehindert ausüben können.

42. Die Kommission befasste sich eingehend mit diesem Fall. Nach Kenntnisnahme der von ihrer Subkommission erarbeiteten Richtlinien zur relativen Immunität beschloss die Kommission, auf ihren Entscheid zum vorliegenden Fall zurückzukommen. Sie vertritt nun die Auffassung, dass der Zusammenhang mit der amtlichen Stellung oder Tätigkeit eines Parlamentsmitgliedes zu bejahen und somit auf das Gesuch einzutreten ist, wenn die parlamentarische Funktion offensichtlich rechtsmissbräuchlich zum Anknüpfungspunkt für Strafklagen gemacht wird.

Die Mehrheit der Kommission hält dies im vorliegenden Fall Spielmann für gegeben, da die Strafanzeige von Herrn Paesa nicht nach Erscheinen der zitierten Artikel, sondern erst nach der – nach einer Motion Spielmann im Nationalrat erlassenen – Ausweisungsverfügung eingereicht wurde.

Demgegenüber ist eine Kommissionsminderheit der Meinung, es sei zweifelhaft, ob Nationalrat Spielmann nur aufgrund seines Parlamentsmandates eingeklagt worden sei, und demzufolge sei auf das Gesuch nicht einzutreten.

43. Die Kommission hält sodann fest, dass die Verantwortlichkeit der Presse in Artikel 27 StGB geregelt ist. Voraussetzung ist, dass die strafbare Handlung mit dem Mittel der Druckerpresse begangen wurde. Wenn es sich um eine periodisch erscheinende Druckschrift handelt und der Verfasser nicht ermittelt werden kann, greift die sogenannte Kaskadenhaftung, das heisst, dass der als verantwortlich zeichnende Redaktor als Täter strafbar ist (Ziff. 3). Gemäss Ziffer 5 von Artikel 27 StGB bleibt sodann die wahrheitsgetreue Berichterstattung über die öffentlichen Verhandlungen einer Behörde straflos.

Im vorliegenden Fall könnte somit Nationalrat Spielmann als Herausgeber strafrechtlich weder für die beklagten Artikel belangt werden, da die Verfasser bekannt sind, noch für die Wiedergabe seines Interpellationstextes.

Mme Jeanprêtre présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

1. Le 7 novembre 1990, M. Francisco Paesa a déposé une plainte pénale auprès du Ministère public du canton de Genève contre M. Spielmann, conseiller national, se fondant sur l'article 27 du Code pénal suisse, relatif à la responsabilité de la presse (CPS; RS 311.0), sur l'article 173 CPS, relatif à la diffamation, et sur l'article 174 CPS, relatif à la calomnie. Le procureur du canton de Genève a transmis cette plainte aux Chambres fédérales en leur demandant d'examiner la question de la levée de l'immunité parlementaire de M. Spielmann. La plainte pénale est motivée comme il suit: le journal *V. O. Réalités*, dont M. Spielmann est l'éditeur responsable, aurait publié divers articles contenant des affirmations attentatoires à l'honneur et à la réputation de M. Paesa. Outre les deux auteurs des articles en question, M. Spielmann porte une part de responsabilité en vertu de sa fonction.

2. Les requêtes demandant que l'immunité de membres du Parlement ou de magistrats soit levée sont soumises à un examen préalable des Commissions des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales du Conseil national et du Conseil des Etats (art. 46 du Règlement du Conseil national; art. 37, al. 4 du Règlement du Conseil des Etats).

3. La Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales du Conseil national a examiné la requête du procureur du canton de Genève les 27 février, 22 avril et 17 septembre 1991. Elle a donné au prévenu l'occasion de se prononcer (art. 14, al. 2 de la loi sur la responsabilité LRCF; RS 170.32).

Le conseiller national Spielmann a fait les déclarations suivantes concernant cette affaire (résumé):

La demande de lever mon immunité parlementaire a été présentée par le procureur général de la République et Canton de Genève – à la suite de la plainte en diffamation et en atteinte à l'honneur déposé par l'ex-ambassadeur de la République de Sao Tomé y Príncipe (expulsé entre-temps). En effet, je suis éditeur responsable de *V. O. Réalités*, publication hebdoma-

daire; j'ai d'ailleurs été interrogé, une première fois, par deux hommes et une femme, députés espagnols, accompagnés d'un avocat; ils étaient venus à Genève auprès de l'ONU et de la mission diplomatique d'Espagne au siège genevois de l'ONU, car ils étaient fort surpris que, grâce à une accréditation diplomatique à l'ONU, le Sieur Paesa Francisco soit au bénéfice de l'immunité diplomatique. Ils désiraient savoir comment cette accréditation a pu être agréée par les autorités suisses compétentes, Interpol étant au courant des agissements de Paesa et de tout son dossier, puisqu'il était l'objet d'un mandat international de recherches et de poursuite; or, aucune suite n'a été donnée, chez nous, à l'intervention d'Interpol. Pourtant, la convention internationale (de 1946) régissant le statut du corps diplomatique, prévoit qu'on peut lever l'immunité diplomatique lorsqu'elle entrave l'action de la justice. Comment peut-on fermer les yeux sur ses agissements passé, alors que Paesa fuit la justice de son pays, car il est recherché pour des activités terroristes, pour complicité de banditisme armé, constitution de bande(s), qu'il a – plus d'une fois – séjourné en prison, qu'il eut maille à partir avec la Commission fédérale de banques, notamment?

Avant d'intervenir publiquement, sur le plan parlementaire, j'ai adressé une lettre privée au Conseil d'Etat de Genève, pour lui demander si les faits se sont réellement passés comme ils m'ont été rapportés. La présence de Paesa à Genève défrayerait la chronique; la presse espagnole aussi consacrait des grands titres à ce cas (vu qu'il était recherché pour terrorisme). Son lieu de résidence n'ayant pu être déterminé, il n'a pas été possible de l'arrêter, comme cela était ordonné. C'est en France, à Saint-Louis, qu'il fut interpellé, dans la voiture de l'avocat qui a déposé la plainte qui me concerne. Une mesure ayant été prise à l'égard de Paesa, intervint alors sa nomination comme ambassadeur, afin qu'il puisse échapper aux poursuites judiciaires engagées contre lui. J'ai posé alors la question au Conseil fédéral, en utilisant le tremplin du Conseil national. L'expulsion de Paesa fut alors décidée par Berne, un délai de cinq jours étant imparti à Paesa pour quitter notre pays.

D'autres journaux, Genevois surtout, ont publié – avant nous, *V. O. Réalités* – toutes les pièces du dossier. Sur le fond, le Conseil fédéral m'a donné raison en expulsant Paesa; la plainte qu'il a déposée contre moi, c'est une manoeuvre pour être jugé en Suisse – à propos de son extradition seulement – ce qui lui permettrait d'échapper à la justice espagnole. C'est alors que, sur le plan public, je suis intervenu par une interpellation au Conseil national, s'agissant de ce représentant diplomatique à Genève de Sao Tomé y Príncipe (qui n'existe plus, d'ailleurs).

41. L'article 14 LRCF règle la poursuite pénale des membres des Chambres fédérales en raison d'infractions en rapport avec leur activité ou situation officielle, c'est-à-dire l'immunité relative dont les parlementaires jouissent pendant toute la durée de leur mandat et qui ne peut être levée que par le Parlement lui-même. Les parlementaires jouissent de ce privilège parce que, même en dehors des sessions, ils restent liés au devoir absolu de s'acquitter de leur mandat consciencieusement, librement et sans subir de pressions, comme le prescrit la constitution.

La poursuite pénale de membres du Conseil national et du Conseil des Etats, en raison d'infractions en rapport avec leur activité ou situation officielle, est donc soumise à l'autorisation des Chambres fédérales (art. 14 LRCF). L'Assemblée fédérale doit examiner lors de la procédure d'octroi ou de refus de l'autorisation si l'infraction est en rapport ou non avec l'activité ou la situation officielle du député et si la poursuite pénale s'impose. En revanche, elle n'a pas à examiner si les éléments constitutifs de l'infraction sont réunis ou non: cette tâche incombe au juge pénal, pour autant que l'autorisation lui soit donnée d'ouvrir la poursuite. Les commissions chargées de l'examen préalable refusent l'octroi de l'autorisation si l'accusation est manifestement non fondée. En revanche, si l'accusation n'est pas dénuée de tout fondement, l'Assemblée fédérale doit procéder à une pondération des intérêts en présence et décider si la poursuite pénale est opportune ou non. Il convient en particulier de tenir compte de l'importance de l'in-

fraction présumée, de l'intérêt public à la poursuite pénale, des chances de succès de la procédure et de son coût.

La loi sur la responsabilité ne prévoit pas dans quelles circonstances octroyer ou refuser l'autorisation d'ouvrir une procédure pénale contre un membre des Chambres fédérales. Il incombe à l'Assemblée fédérale d'apprécier si les motifs de suspicion et l'importance de l'infraction présumée justifient l'ouverture d'une poursuite pénale. Les Chambres ont à mettre en balance l'intérêt public à ce que les parlementaires exercent leur mandat en toute liberté et l'intérêt public à ce que les infractions pénalement répréhensibles soient poursuivies et réprimées.

Cette pesée des intérêts doit se fonder sur la raison d'être de l'immunité parlementaire. En effet, il ne s'agit pas seulement de protéger chaque parlementaire individuellement afin qu'il puisse exercer son mandat en toute liberté, même lorsque sa critique frise l'intolérable; il s'agit aussi de protéger le Parlement tout entier et d'assurer son bon fonctionnement. L'immunité parlementaire ainsi considérée sert la collectivité car le public a intérêt à ce que les Chambres fédérales puissent accomplir leurs tâches sans entraves.

42. La commission a examiné cette affaire en détail une deuxième fois. Elle a tenu une séance après avoir pris connaissance des directives établies par sa sous-commission. Elle est ainsi d'avis que le lien avec la fonction officielle ou avec le rôle de membre du Parlement est dans ce cas établi et qu'il y a lieu d'entrer en matière sur la demande lorsque la fonction parlementaire du député est, de manière évidente, utilisée abusivement dans le but d'ouvrir une procédure pénale contre un député.

Dans la présente affaire Spielmann, la majorité de la commission est d'avis que tel est le cas du fait que la plainte pénale de Monsieur Paesa n'a pas été déposée après la publication de l'article cité, mais seulement – suite à une motion Spielmann au Conseil national – après un arrêté d'expulsion.

Par contre, une minorité de la commission doute que M. Spielmann, conseiller national, n'ait été traduit en justice qu'à cause de son mandat parlementaire, elle est donc d'avis qu'il n'y a pas lieu d'entrer en matière sur la requête.

43. La commission retient cependant que la responsabilité de la presse est régie à l'article 27 CPS. L'infraction doit avoir été commise par la voie de la presse. Lorsqu'il s'agit d'une publication périodique et que l'auteur ne peut pas être saisi, on a recours à la responsabilité dite par cascade, c'est-à-dire que le rédacteur signant comme responsable sera puni comme s'il était l'auteur de l'infraction (chiffre 3). Le chiffre 5 dispose que l'auteur d'un compte rendu véridique des débats publics d'une autorité n'encourra aucune peine.

Dans le cas présent, M. Spielmann ne pourrait être poursuivi pénalement en tant qu'éditeur responsable ni pour avoir publié l'article incriminé, ni pour avoir reproduit le texte de son interpellation.

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt

– mit 8 zu 5 Stimmen, auf das Gesuch des Genfer Staatsanwaltes einzutreten;

– einstimmig, die parlamentarische Immunität von Nationalrat Spielmann nicht aufzuheben.

#### *Proposition de la commission*

La commission propose,

– par 8 voix contre 5, d'entrer en matière sur la requête du procureur du canton de Genève;

– à l'unanimité, de ne pas lever l'immunité parlementaire de M. Spielmann, conseiller national.

Mme **Jeanprêtre**, rapporteur: En peu de mots, parce que, finalement, moins on en dit, mieux c'est, M. Spielmann est l'objet d'une plainte à Genève en tant qu'éditeur responsable du journal *V. O.* L'activité incriminée a trait à l'engagement politique constant de M. Spielmann, dans le cas Paesa, puisqu'on voit que même la plainte que ce dernier a déposée est une manœuvre pour que M. Paesa puisse être jugé en Suisse, à propos de son extradition seulement, ce qui lui permettrait d'échapper à la justice espagnole.

La commission a examiné cette affaire en détail deux fois. Elle a tenu une deuxième séance, après avoir pris connaissance des directives dont j'ai parlé en préambule, qui ont été établies par sa sous-commission. Elle était ainsi d'avis qu'il existait un lien avec la fonction officielle ou avec le rôle de membre du Parlement, que ceci était établi et qu'il y avait lieu d'entrer en matière sur la demande.

Dans la présente affaire Spielmann, la majorité de la commission est d'avis que c'est bien le cas, que la plainte pénale de M. Paesa n'a pas été déposée après la publication de l'article cité, mais seulement suite à une motion de M. Spielmann au Conseil national, après un arrêté d'expulsion. Par contre, une minorité de la commission doutait que M. Spielmann n'ait été traduit en justice qu'à cause de son mandat parlementaire. Elle est donc d'avis qu'il n'y a pas lieu d'entrer en matière sur la requête.

Cependant, et par 8 voix contre 5, la commission vous propose d'entrer en matière sur la requête du procureur du canton de Genève et, à l'unanimité, de ne pas lever l'immunité parlementaire de M. Spielmann, conseiller national.

Frau **Stamm**, Berichtstatterin: Am 7. November 1990 reichte Herr Francisco Paesa beim Staatsanwalt des Kantons Genf Strafklage wegen übler Nachrede und Verleumdung gegen Nationalrat Spielmann im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit der Presse ein. Dieses Gesuch wurde an die Petitions- und Gewährleistungskommission weitergeleitet. Die Strafklage wird wie folgt begründet:

In der Zeitung «Voix ouvrière. Réalités», deren Herausgeber Nationalrat Spielmann ist, seien verschiedene ehrverletzende, rufschädigende Artikel betreffend Francisco Paesa publiziert worden. Neben den beiden Verfassern, die bekannt sind, sei dafür auch Nationalrat Spielmann aufgrund seiner Funktion verantwortlich.

Die Kommission hatte sich damit zu befassen, ob hier ein Fall von relativer Immunität vorliegt, ob sich die Strafklage gegen Herrn Spielmann als Herausgeber richtet oder ob sich die Strafklage an Herrn Spielmann als Nationalrat richtet, d. h., ob das politische Mandat Anknüpfungspunkt der Strafklage war. Die Petitions- und Gewährleistungskommission hat sich – wie Sie schon gehört haben – neue Richtlinien gegeben und ist aufgrund der neuen Richtlinien dazugekommen, die relative Immunität zu bejahen. Denn Herr Spielmann hat sich in der Tat mit dieser ganzen Angelegenheit nicht nur als Herausgeber seiner Zeitung – durch die Artikel seiner Journalisten – befasst, sondern Herr Spielmann hat diese Angelegenheit auch im Parlament mit einer Motion aufgegriffen. Es ist aufgrund des chronologischen Ablaufs für die Kommission überzeugend, dass nicht die Funktion als Herausgeber, sondern dass der Vorstoss von Herrn Spielmann im Parlament Anlass gegeben hat, diese Strafklage einzuleiten.

Deshalb beantragt Ihnen die Kommission mit 8 zu 5 Stimmen, auf das Gesuch des Genfer Staatsanwaltes sei einzutreten – also die Aufhebung der Immunität sei zu prüfen. Einstimmig beantragt sie, die parlamentarische Immunität von Nationalrat Spielmann sei nicht aufzuheben.

*Angenommen – Adopté*

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

## **Parlamentarische Immunität von Nationalrat Spielmann. Aufhebung**

### **Immunité parlementaire du conseiller national Spielmann. Levée**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.073
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1954-1956
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 389

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.